

- 259 -

Die vorgesehene Einengung des Grenzsperrgebietes bietet weitreichende Möglichkeiten und begünstigende Bedingungen für die Annäherung von Personen an die Staatsgrenze und für die Aufklärung der Staatsgrenze und des Grenzsicherungssystems.

Wir müssen damit rechnen, daß diese Lageveränderung zu einem Anstieg der Angriffe auf die Staatsgrenze aus dem Innern der DDR und auch aus dem Grenzgebiet selbst führen kann, insbesondere mit dem Ziel des ungesetzlichen Grenzübertritts.

Politisch-operativ beachtenswert sind aber auch solche Konsequenzen, wie der Wegfall des 15 %igen Lohn- bzw. Gehaltszuschlages, der jenen Werktätigen gezahlt wird, die im Grenzsperrgebiet wohnhaft sind. Immerhin werden davon Zig-Tausende Werktätige betroffen. Hieraus können sich - auch wenn in einzelnen Fällen staatliche Überbrückungsmaßnahmen möglich sind - Auswirkungen auf die materiellen bzw. persönlichen Arbeits- und Lebensbedingungen ergeben.

Hier muß durchaus die Möglichkeit einkalkuliert werden, daß auch solche Umstände zu Angriffen auf die Staatsgrenze bzw. zu feindlich-negativen Handlungen in anderen Richtungen ausgenutzt werden können.

Solche Probleme müssen wir in der vorbeugenden Arbeit rechtzeitig erkennen und in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Organen verhindern, daß sie zu größeren negativen Auswirkungen führen.

Kopie BStU
AR 7